



Bisschen Wehmut

Von der Loveparade in den Blog: Dr. Motte, der morgen fünfzig Jahre alt wird, bleibt seinem Botschaftsdrang treu **SEITE 24**

TAZPLAN & PROGRAMM



Frauen vor!

Am Anhalter Bahnhof treffen ab heute Fußballerinnen aus aller Welt aufeinander. Auch ein Team aus Afghanistan ist dabei **SEITE 19**

Jetzt wird gespielt Foto: D. Morath

KOMMENTAR

VON UWE RADA
Die südliche Friedrichstadt soll zur City werden



Kreuzbergs Zukunft steht auf dem Spiel

Ob man es will oder nicht: Die südliche Friedrichstadt, einst das Aschenputtel Kreuzbergs, ist längst City-Erweiterungsgebiet. Dafür stehen nicht nur die 50 Galerien, die dort entstanden sind. Auch der Investitionsdruck auf die freien Flächen ist immens. Der Frage nach der Vergabe der Flächen am ehemaligen Blumengroßmarkt kommt daher eine entscheidende Rolle für die Zukunft des Quartiers zu.

Das gilt auch für die soziale Entwicklung. Noch gibt es zwischen Checkpoint Charlie und Mehringplatz eine wilde Mischung aus Sozialwohnungen, Hotels, Bildungseinrichtungen, Galerien, Architektenbüros, Trödelgeschäften und einem der größten Arbeitgeber Berlins, der Agentur für Arbeit. Sollten die Berliner Großmarkt GmbH und Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei) das alte Großmarktrevier aber zum Höchstpreis vergeben, geriete die Mischung unter Druck. Dann würde die City bald bis zum Mehringplatz reichen.

Hoffen auf Wahlkampf

Zu Recht schlägt der Bezirk deshalb Alarm. Im Februar haben Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer (SPD) und der Liegenschaftsfonds eine neue „Liegenschaftspolitik“ angekündigt. Doch der neue Leitsatz – mehr Stadtentwicklung, weniger Geld – muss auch für den Koalitionspartner Linkspartei gelten. Wie gut für Kreuzberg, dass bald Wahlkampf ist.

Natürlich birgt auch ein Kunst- und Kreativquartier die Gefahr von Aufwertung und Verdrängung. Noch größer wird sie aber sein, wenn die Entwicklung nicht von den Akteuren vor Ort begleitet, sondern irgendwelchen Investoren von Hotels, Lofts und Büros überlassen wird.

SPD kritisiert Museen

Die SPD-Fraktion kritisierte Pläne, den freien Museumseintritt am Donnerstagabend abzuschaffen. Dieser sollte schließlich „eine Einladung an die Berliner sein, ihre Museen kennenzulernen“, sagte ihre kulturpolitische Sprecherin Brigitte Lange. Die Stiftung Preussischer Kulturbesitz hatte angekündigt, ab Oktober den freien Eintritt während der letzten vier Öffnungszeiten am Donnerstag zu streichen. Zugleich soll für Hartz-IV-Bezieher und Jugendliche bis 18 Jahre freier Eintritt gelten. Zwar sei zu begrüßen, dass sozial Schwache sowie Jugendliche kostenlos ins Museum kommen sollen, sagte Lange, die neue Regelung verursacht für die SPD-Abgeordnete dennoch einen „kulturlpolitischen Schaden“ (ddp)

Linke Kulturbanausen

KREUZBERG Eigentlich soll am ehemaligen Blumengroßmarkt ein Kreativquartier entstehen. Doch Wirtschaftssenator Wolf (Linkspartei) will die Flächen meistbietend verschern



Ziemlich begehrt: die einstige Blumengroßmarkthalle in Kreuzberg Foto: Jens Ziehe/Jüdisches Museum

VON UWE RADA

Das Jüdische Museum hat schon gekauft, andere Kultureinrichtungen sollen folgen. Seitdem der Blumengroßmarkt von Kreuzberg nach Moabit gezogen ist, ist vieles in der südlichen Friedrichstadt in Bewegung gekommen. Für den grünen Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, Franz Schulz, ist das die Chance, das bisher unerschlossene Quartier aus dem Dornröschenschlaf zu reißen. Sein Wunsch: ein Kreativquartier, das auch die Bewohner im sozial schwachen Kiez mit auf den Weg nimmt. Dem stellt sich nun aber Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei) in den Weg. Er will die Grundstücke meistbietend verschern.

Um dem Kreativquartier ein Stück näher zu kommen, hatte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg am 1. Juli den Senat aufgefordert, „die soziale und nachhaltige Stadtentwicklung“ durch ein „nutzungsorientiertes Vergabeverfahren“ sicherzustellen. Im Klartext: Die Grundstücke der Berliner Großmarkt GmbH (BGM) sollten nicht in einem „bedingungslosen Höchstbieterverfahren“ verkauft werden, sondern zu einem Festpreis, der sich am Verkehrswert orientiert.

„Hier bleibt eine stadtentwicklungspolitische Chance auf der Strecke“

FRANZ SCHULZ, BÜRGERMEISTER

tiert. Ein ähnlicher Kulturbonus wurde zuvor dem Jüdischen Museum gewährt, das die Hälfte der ehemaligen Blumengroßhalle zu einer Akademie umbauen will. Der Umbau nach einem Entwurf des Architekten Daniel Libeskind soll noch im August beginnen.

In den Verhandlungen mit dem Bezirk stellte sich die BGM nun aber quer. Sie will die ver-

Das ist die südliche Friedrichstadt

■ Die Friedrichstadt war Ende des 17. Jahrhunderts nach der Dorotheenstadt und dem Friedrichswerder die dritte Stadterweiterung der Doppelstadt Berlin-Cölln. Heute liegt die südliche Friedrichstadt in Kreuzberg und die nördliche in Mitte.
■ In den 80er Jahren probte dort die IBA-Alt die Wiederentdeckung der Innenstadt als Wohnort. Heute finden sich dort 50 Galerien, das Jüdische Museum, aber auch die Arbeitsagentur und das Zeitungsviertel samt taz.

bliebenen 3.000 Quadratmeter Fläche der Markthalle und die angrenzenden Grundstücke an den Meistbietenden verkaufen. Auch eine Intervention von Bürgermeister Schulz bei der Wirtschaftsverwaltung brachte nichts. „Die Planungen der BGM für die umliegenden Flächen sind inzwischen (...) zugunsten von Wohnen und Gewerbe vorangetrieben worden“, heißt es in einem Schreiben von Wolfs Staatssekretär Jens-Peter Heuer (Linkspartei). Und weiter: „In meiner fachlichen Zuständigkeit für die BGM und als deren Aufsichtsratsvorsitzender muss ich Sie daher um Verständnis bitten, dass ich diesmal Ihrem Wunsch nach einer Festlegung auf den

Nutzungsschwerpunkt Kunst, Kultur und Bildung nicht kommen kann.“ Heuer schließt mit dem Hinweis, dass sich interessierte Gruppen natürlich beim bedingungslosen Bieterverfahren bewerben könnten.

Erst im Februar hatte Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) eine „neue Liegenschaftspolitik“ angekündigt. Künftig sollten nicht mehr nur finanzpolitische, sondern auch stadtentwicklungspolitische Überlegungen beim Verkauf von Grundstücken eine Rolle spielen. „Das muss aber auch für die Wirtschaftsverwaltung gelten“, fordert nun Bezirksbürgermeister Schulz. „Sollte die BGM bei ihrer Haltung bleiben, bleibt eine stadtentwicklungspolitische Chance auf der Strecke.“

Wie wichtig dem Bezirk die Sache ist, zeigt die Gründung eines „Projektbüros Kreativquartier“, in dem seit 2009 ein Leitbild für die südliche Friedrichstadt entworfen wird. „Das Quartier wird immer interessanter für Galerien, aber auch für Bildungsinstitutionen“, sagt der Leiter des Projektbüros, Florian Schmidt. „Die bisherigen Gespräche mit Investoren zeigen, dass unsere Vorstellungen durchaus realistisch sind. Bei einem Bieterverfahren würden solche Initiativen aber den Kürzeren ziehen.“

Emmely II vor Gericht

KÜNDIGUNG Bahn warf Frau nach 40 Dienstjahren wegen angeblichen Betrugs raus

Erneut kommt die fristlose Kündigung einer langjährig Beschäftigten wegen Betrugs vor Gericht. Die Bahn-Mitarbeiterin war laut Landesarbeitsgericht entlassen worden, weil sie eine falsche Quittung für Bewirtungskosten eingereicht hatte. Sie hatte anlässlich von 40 Dienstjahren ihr Jubiläum gefeiert und eine Restaurantrechnung über 250 Euro von ihrem Arbeitgeber erstattet bekommen. In Wirklichkeit hätten die Bewirtungskosten aber nur bei 90 Euro gelegen, so das Gericht. In erster Instanz hatten die Richter die Kündigung als rechtmäßig bestätigt, weil die Frau ihren Arbeitgeber betrogen habe.

Zuletzt hatte der Fall der Berliner Kassiererin Emmely bundesweit Aufsehen erregt. Sie hatte nach 31 Jahren ihre Stelle in einem Supermarkt verloren, weil sie zwei liegende geliebte Pfandbons für 1,30 Euro eingelöst hatte. Sie klagte erfolgreich und sitzt nun wieder an der Kasse. (dpa)

Berlin will Ehe für alle

Das Land Berlin möchte per Gesetzesänderung eine richtige Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ermöglichen. An diesem Freitag bringt Berlin als erstes Land dazu einen Antrag in den Bundesrat ein. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die durch das Grundgesetz besonders geschützte Ehe für schwule und lesbische Paare zu öffnen. Bisher gibt es für sie nur die eingetragene Lebenspartnerschaft. Diese sei jedoch rechtlich nicht in allen Punkten der Ehe gleichgestellt. So dürften gleichgeschlechtliche Partner keine Kinder adoptieren. Auch beim Erb- und Steuerrecht sowie den Unterhaltspflichten gebe es Nachteile. (dpa)

Riesenrad: Bank unter Druck

Die Deutsche Bank gerät durch die gescheiterten Riesenradprojekte in Berlin, Peking und Orlando (Florida) zunehmend unter Druck. Eine Hamburger Kanzlei hat nach eigenen Angaben im Namen von rund zwei Dutzend Anlegern des Global View Fonds der Great Wheel Beteiligungs GmbH Anzeige gegen das Geldinstitut erstattet – wegen Betrugs und Kapitalanlagebetrugs. Der Fonds stehe kurz vor der Insolvenz, teilte die Kanzlei mit. Für den Vertriebs sollte laut Prospekt von der Fondsgesellschaft eine Provision von 10 Prozent als „Eigenkapitalvermittlungskosten“ an die Anbieterin DBM Fonds Invest GmbH gezahlt werden. Damit habe sich die Deutsche Bank nicht zufriedengegeben. (ddp)

Staatsanwaltschaft brennt noch

AUTOBRANDSTIFTUNG Revision eingelegt, nachdem 22-Jährige auch in zweiter Instanz freigesprochen wurde

In dem Fall der von dem Vorwurf der Autobrandstiftung freigesprochenen Alexandra R. hat die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Das hat am Mittwoch ein Sprecher der Staatsanwaltschaft gegenüber der taz bestätigt. Damit geht das Verfahren nun zum Kammergericht. Bei einer Revision wird allerdings – anders als bei einer Berufungsverhandlung – der Prozess nicht noch einmal komplett aufgerollt, sondern lediglich auf Rechtsfehler geprüft.

Das Landgericht hatte die 22-Jährige in der vergangenen Woche freigesprochen. Die Richter bestätigten damit ein erstinstanzliches Urteil des Amtsgerichts Tiergarten vom vergangenen November. „Der Angeklagten ist die vorgeworfene Tat nicht sicher nachzuweisen“, begründete der Vorsitzende Richter den Freispruch. Das Gericht ging davon aus, dass sie Opfer einer Verwechslung geworden ist. Die Staatsanwaltschaft hatte ein Jahr und sechs Monate Haft gefor-

der, die Anwältinnen hatten auf Freispruch plädiert. Die Freigesprochene hatte zuvor bereits fünf Monate in Untersuchungshaft verbracht.

Keine objektiven Beweise

Die Anwältinnen hatten während ihres Plädoyers an die Staatsanwältin appelliert, auf eine Revision zu verzichten und ihr den „Albtraum einer dritten Instanz“ zu ersparen. Die Staatsanwaltschaft hatte keine objektiven Beweise wie Fingerabdrücke

oder DNA-Spuren in der Hand und stützte sich lediglich auf eine „Indizienkette“. Anwältin Martina Arndt hatte das im Anschluss mit den Worten kommentiert, die Staatsanwältin habe „jedes Maß an Objektivität“ verloren.

Patrick Technau von der Soli-gruppe bezeichnete die Revision als „skandalös und in keinster Weise nachzuvollziehen“. Die Staatsanwaltschaft ziele darauf ab, R. und ihr Umfeld zu kriminalisieren. **SVF**